

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Verkehr
Tageblatt, Riesa.

Amtsblatt

Postpreisstelle
Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 49.

Donnerstag, 1. März 1894, Abends.

47. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, dem Ausgabestellen, sowie am Schalter der k. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Aufnahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kasanienstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herm. Schmidt in Riesa.

Vadung.

Der am 4. Februar 1866 zu Dolsenhain bei Köhren geborene Müller (Ersatzreferent) **Louis Edmund Müller.**

zuletzt in Riesa, Kaiser-Wilhelm-Platz Nr. 4 wohnhaft, jetzt unbekanntem Aufenthalts, wird beschuldigt, als Ersatzreferent ohne Erlaubnis ausgewandert zu sein, Uebertretung gegen § 360 No. 3 des Strafgesetzbuchs.

Derselbe wird auf

Mittwoch, den 11. April 1894, Vormittags 10 Uhr

vor das Königl. Schöffengericht zu Riesa zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben wird derselbe auf Grund der nach § 472 der Straf-

prozessordnung von dem Königl. Bezirkskommando zu Großenhain ausgestellten Erklärung verurtheilt werden.

Riesa, den 15. Februar 1894.

Der Königl. Amtsanwalt.
Ref. Dr. Krittche.

Bekanntmachung.

Im Hofraume des Hotels zum „Sächsischen Hof“ hier soll **Montag, den 5. März 1894, Vorm. 11 Uhr,** ein **schwarzer Degen** gegen sofortige Bezahlung meistbietend versteigert werden. Riesa, am 28. Februar 1894.

Das Königl. Amtsgericht.
Geldner.

Tagesgeschichte.

Die Hoff. Ztg. brachte dieser Tage die Mittheilung, daß der preussische Finanzminister Dr. Miquel sich im Privatgespräch scharf gegen den russischen Handelsvertrag ausgesprochen habe. Die Meldung wurde von der Nordd. Allg. Ztg. nachdrücklich dementirt, trotzdem aber von der Hoff. Ztg. aufrecht erhalten; die letztere erklärt die Berichtigung für vollständig werthlos. „Mit keinem Worte“, so schreibt sie, „haben wir gesagt, daß das preussische Ministerium nicht von der Nothwendigkeit der Annahme des russischen Handelsvertrages überzeugt sei, wir sprachen lediglich von den bestehenden Aeußerungen des Herrn Miquel in privater Unterhaltung und diese hat er trotz der Nordd. Allg. Ztg.“ gethan. Wenn die Nordd. Allg. Ztg. des Weiteren unsere Mittheilungen über die Haltung des Finanzministers zur Frage der Aufhebung der Staffeltarife als unzutreffend bezeichnet, so ist sie über den wahren Sachverhalt schlecht unterrichtet. Sowohl Herr Miquel wie Herr Thielen waren anfangs, als die Frage der Staffeltarife verhandelt wurde, Gegner der Aufhebung; mit Herrn Thielen wurde sehr bald eine Einigung erzielt, während Herr Miquel an seinem Widerstand festhielt. Daß schließlich auch er sich fügen würde, war uns keinen Augenblick zweifelhaft. Wir selbst schrieben schon am Montag Abend, es dürfe als sicher gelten, daß die Wünsche der interessirten süb- und mitteldeutschen Bundesstaaten durch Abänderungen an den Staffeltarifen Berücksichtigung finden würden.“ Die „Hoff. Ztg.“ hatte die Hoffnung ausgesprochen, daß auch von anderer Seite Näheres über die Aeußerungen des Herrn Miquel bekannt werden würde. Dazu bemerkt nun das „Voll“: „Wir sind in der Lage, bereits heute die „Hoffnungen“ des freisinnigen Blattes zu erfüllen und die Aeußerungen Dr. Miquels in ihrem authentischen Wortlaute wiederzugeben; sie lauteten: „Die Konservativen müßten die größten Eitel sein, wenn sie den russischen Handelsvertrag annehmen wollten.“ Auch die Mittheilung der „Hoff. Ztg.“, daß diese Aeußerungen dem Kaiser gethan worden seien, daß dieser sie wohl hätte hören können, können wir mit dem Hinzufügen bestätigen, daß der Kaiser sie unbedingt hat hören müssen.“ Beinahe noch bemerkenswerther ist, daß der „Hamd. Korr.“, der mit den Berliner Regierungskreisen gute Fühlung hat, zu den Angaben der „Hoff. Ztg.“ meint: „Es mag ja sein, daß Dr. Miquel geäußert hat, er glaube nicht, daß einer der Agrarier für den Vertrag stimmen werde; das ist aber ein öffentliches Geheimniß. In Privatunterhaltungen mag der Finanzminister und seine Konservative zu erhalten; aber gegen das „Voll“ des Reichskanzlers auszusprechen, fällt ihm sicherlich nicht ein.“ Das Beste aber leistet doch die Nordd. Allg. Ztg., die in gleicher Sache heute abermals das Wort wie folgt ergreift. Die „Hoff. Ztg.“ fährt fort, gegen den russischen Handelsvertrag Stimmung zu machen, indem sie auf Grund einer ihr nicht näher bezeichneten Quelle ihre gestrigen von uns angeführten Behauptungen über die angebliche, aber nicht vorhandene Gegnerschaft des Finanzministers Dr. Miquel wegen den Vertrag nicht nur aufrecht erhält, sondern sich noch auf das „Voll“ beruft, dessen Stellung zur Frage des Tages hinlänglich bekannt ist. Wir wollen es hier unerörtert lassen, wie es sich mit den landesüblichen Anstandsregeln verhält. Aeußerungen, die im Privatgespräch gefallen sind, (1) zu politischen Zwecken auszubringen. Es kommt soviel in der Regel um so weniger heraus, als Derjenige, welcher Aeußerungen gethan, um so

mehr das Recht haben muß, das, was er gesagt hat, zu konstatiren und zu kommentiren, je unbedeutender es erscheint, die betreffenden Aeußerungen aus dem Zusammenhang zu reißen. Im Uebrigen ist die Richtigkeit unserer gestrigen Behauptung voll und ganz durch die Erklärungen des Reichskanzlers im Reichstage bestätigt worden.“ Das heißt dementiren! Es sieht hiernach vielmehr jetzt unbedingt fest, daß Finanzminister Dr. Miquel, und vielleicht er nicht einmal allein, im preussischen Ministerium, dem Reichskanzler entgegenarbeitete. Darüber hilft keine Ablehnung mehr hinweg.

Deutsches Reich. Der Gesetzentwurf über die Aufhebung des Identitätsnachweises ist bekanntlich vom Bundesrat angenommen worden. Ob, wie die „Frankf. Ztg.“ hört, ein Antrag Sachsens, statt der Ausfuhrschirme den Zoll baar zurückzuführen, abgelehnt worden ist, muß vorläufig dahingestellt bleiben. Jedenfalls wird der Entwurf eine Mehrheit im Reichstag finden und die Stimmung in konservativen Kreisen einigermaßen verbessern, wenn es auch fraglich bleibt, ob daraus aus dem konservativen Lager ein erheblicher Bruchtheil für den russischen Vertrag gewonnen wird. Was die andere, mit dem Vertrag in Zusammenhang stehende Frage, die der Staffeltarife betrifft, so will die „Hoff.“ erfahren haben, es stehe nunmehr fest, daß die Aufhebung der preussischen Staffeltarife für Getreide und Mühlenfabrikate erfolgen werde. Wir wollen hoffen, daß diese Nachricht sich bestätigt.

Das „Voll“ bringt folgende ausföhrungs- und bestätigungsbedürftige Notiz: „Wie wir von verschiedenen Seiten erfahren, hat eine Anzahl von konservativen Reichstags-Abgeordneten in Konsequenz einer auf dem Diner des Ministerpräsidenten Grafen Culenburg gethanen Aeußerung Sr. Majestät des Kaisers ihr Abschiedsgesuch als Offiziere der Reserve oder der Landwehr eingereicht. Sie haben es damit begründet, daß sie nach jener Aeußerung des Kaisers ihre parlamentarischen Pflichten mit ihrem Verhältnis zur Armee nicht mehr in Einklang zu bringen vermöchten.“

Vom Reichstag. Der Reichstag setzte gestern die Berathung des russischen Handelsvertrages fort. Herr von Bennigsen hatte in seiner großen Dienstagrede im Reichstage aus Anlaß seines beabsichtigten Ausscheidens aus seiner politischen Wirksamkeit eine Art politischen Testament gemacht, bei dem er für seine linksliberalen Brüder herzlich wenig übrig hatte, ihnen vielmehr ein Sündenregister vorhielt, das durch Anzahl und Schwere der Vorwürfe sich gleichermaßen auszeichnete. Ihm antwortete nun am Mittwoch Herr Eugen Richter mit einer Gereiztheit, die fast an persönliche Gegnerschaft gemahnte. Herr von Bennigsen habe nie die Kraft und die politische Einsicht gehabt, den Annahmungen des Junkerthums entgegenzutreten, er habe also kein Recht, sich als Zensor und Verweiser anderer Parteien aufzuspielen. Der einstige Begründer des Nationalvereins sei durch seine gestrige Rede für Aufhebung der Staffeltarife zum Vorführer eines alten Particularismus geworden. Dann wandte sich Richter mit wohlwollender Empfohle im Namen der deutschen Nation, die den Handelsvertrag verlange, an die Konservativen, die selbst sehr froh wären, wenn der Handelsvertrag durchginge und nur nicht den Muth zu einem Ja fänden. Sie müßten trotz ihrer Vergangenheit als frühere Offiziere der deutschen Armee den Gesamtmarkt der Welt nicht vom Standpunkt des Pferdehandels betrachten, noch auch den Vertrag aus dem Horizonte des Frühstücksdeutsches beurtheilen, wie es der Graf Mirbach gethan habe, der den Caviar als das einzige Erzeugniß Auslands bezeichnet habe, das wir nöthig hätten.

Vor Allem aber müßten die Konservativen ihre Sklaven, die Nationalliberalen, freilassen, jene Hüter, die die Kette des imperativen Mandats hinter sich herschleifen. Die Konservativen hätten für die Belehrungen d. s. Herrn Richter nur ein bald lautes, bald stilles Nicken, die Nationalliberalen antworteten auf gleiche Weise oder durch erregte Zwischenrufe. Nach diesem Redner für den Vertrag kam einer, der „im Namen seiner Parteifreunde“ sowohl für, als gegen den Vertrag zu sprechen hatte, „bald so, bald so, wie's trifft“, wie jener muntere Polenjüngling meinte. Es war Herr Dr. Lieber. Derselbe bestritt die Kommissionsberathung. Das Land müßte vollkommene Klarheit über die Bedeutung des Vertrages gewinnen. Eine Verschleppung durch eine Kommissionsberathung sei nicht zu erwarten. Das Zentrum schide nur einen einzigen Redner vor, um dem Hause Zeit zu ersparen. Er müsse daher Gründe für und gegen den Vertrag vordringen. Das Zentrum erkenne die hohe Bedeutung des Vertrages an und gebe zu, daß ein Scheitern desselben unabwendbare innere Verwicklungen herbeiführen würde. Für diejenigen, die dem Vertrage zustimmen, sei Vorbedingung die Aufhebung der Staffeltarife. Der Antrag v. Kardorff sei völlig unannehmbar. Ein Theil des Zentrums lege jedoch den landwirthschaftlichen Bedenken ein derartiges Gewicht bei, daß er den Vertrag ablehnen zu müssen glaube. Umso notwendiger sei eine Kommissionsberathung. Abg. Schulze (Königsberg, Soz.) führte aus, die Sache sei vollkommen klar, eine Kommissionsberathung daher überflüssig. Die Sozialdemokraten würden natürlich für den Vertrag stimmen, seien aber damit noch nicht zufrieden, sondern streben darnach, die Lebensmittelgölle ganz abzuschaffen. Redner polemisirte sodann noch gegen das jetzige Zollsystem. Deutschland sei einmal ein Industriestaat. Die Industrie müsse auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben. Durch die Getreidezölle leiden die arbeitenden Klassen am meisten. Die Landwirthe verständen nicht, sich den veränderten Produktionsverhältnissen anzupassen. Selbst die landwirthschaftlichen Wahlkreise forderten ihre Abgeordneten auf, für den russischen Handelsvertrag zu stimmen. Der See- und Eisenbahnerwerb West- und Ost-Preussens litten stark durch den jetzigen Zustand. Die Arbeitslosigkeit sei in allen Städten sehr groß. Auch die Industrie habe große Verluste erlitten; die Arbeitslöhne seien gesunken und die Lebensmittelpreise gestiegen. Abg. Freiherr von Stumm (Rp.) vertheidigte den Bund der Landwirthe. Er bedauerte jedoch den gereizten Ton der Publikationen derselben. Der Satz „Autorität, nicht Majorität“, habe noch volle Geltung. Die Autorität Derjenigen, welche im Namen des Kaisers die Staatsgeschäfte führen, dürfe nicht untergraben werden, wie es beispielsweise Freiherr von Thüngen versucht habe. Wie sich der Bund der Landwirthe vertheidige, so trete er (Redner) für das preussische Junkerthum ein, welches der Rückhalt der Armee des preussischen Staates und des deutschen Reiches sei. (Große Unruhe links.) 1870 führte das preussische Junkerthum das deutsche Volk von Sieg zu Sieg. (Stürmische Unterbrechungen links.) Von der Ueberschwemmung Deutschlands mit Roggen könne nicht die Rede sein. Die Aufhebung des Identitätsnachweises halte er für eine ausreichende Kompensation. Im Reichstage sei nach den Reden der Abg. v. Bennigsen und Dr. Lieber eine Majorität für die Aufhebung vorhanden. Nach Aufhebung des Identitätsnachweises haben die Staffeltarife für die Landwirtschaft keine Bedeutung mehr. Für den Hopfenexport biete der Vertrag Vortheile. Durch das Scheitern des Vertrages würde vor allem die Kohlen- und Eisenindustrie leiden. Der Reichskanzler verdiene den größten